

100 Tage Ernüchterung

Indonesiens neuer Präsident startete als Hoffnungsträger und findet sich in der Realpolitik wieder

von
Timo Duile

Der Autor hat Politische Wissenschaft in Bonn und indonesische Sprache in Denpasar/Indonesien studiert.

Indonesiens neuer Präsident Joko Widodo, der von vielen Indonesiern einfach »Jokowi« genannt wird, startete als Hoffnungsträger, doch die bisherige Bilanz gibt Anlass zur Ernüchterung.

Bereits im Wahlkampf war zu beobachten, dass die Hoffnungen, die viele Menschen in Jokowi setzten, wohl kaum erfüllt werden konnten. Nach 100 Tagen mehren sich die Stimmen, die sich fragen, ob Jokowi wirklich die Person ist, die dafür Sorge trägt, dass Indonesien den langen Schatten der Neuen Ordnung unter Suharto wirklich hinter sich lassen kann: Dazu wäre nämlich ein Paradigmenwechsel in einigen Politikfeldern notwendig. Gefordert wird eine Politik, die sich aktiv für eine Verbesserung der sozialen Lage der ärmsten Indonesierinnen und Indonesier einsetzt, die sich aktiv für Presse- und Meinungsfreiheit stark macht, sowie die Opfer der Menschenrechtsverletzungen unter Suharto anerkennt und entschädigt. Auch wenn es zu früh ist, eine Evaluation durchzuführen, sind die ersten 100 Tage seiner Präsidentschaft ein Anlass, einen kritischen Blick auf seine bisherige Politik zu werfen.

Saubermann aus lokaler Elite

Jokowi, der sich als Bürgermeister der zentraljavani-schen Stadt Solo und als Bürgermeister von Jakarta einen Namen machte, kann als Aufsteiger aus einer lokalen Elite betrachtet werden. Anders als sein Konkurrent beim Präsidentschaftswahlkampf, Prabowo Subianto, hat Jokowi keine engeren Beziehungen zu den Eliten in Politik, Wirtschaft und Militär, die noch aus der Suharto-Zeit stammen. Daher galt er bei vielen als Hoffnungsträger, der nun endlich frischen Wind in die indonesische Politik bringen sollte. Auch hoben zahlreiche seiner UnterstützerInnen während des Wahlkampfes hervor, dass Jokowi anders als sein Konkurrent nicht im Verdacht steht, sich Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht zu haben. Prabowo wird zur Last gelegt, 1998 als *Kostrad*-Oberbefehlshaber dafür verantwortlich zu sein, dass seine Truppen Demokratieaktivisten verschleppt und gefoltert haben. In den 1980er Jahren soll er für die Ausbildung und Bewaffnung irregulärer Truppen in Osttimor, die zahlreiche Massaker unter der Zivilbevölkerung verübt hatten, verantwortlich gewesen sein. Auch wenn Menschenrechtsgruppen während des Wahlkampfes immer wieder auf Prabowos Rollen in diesen Fällen hinwiesen und aber-

mals Untersuchungen und Aufklärungen verlangten, verhielt sich Jokowi überraschend ruhig und attackierte seinen Kontrahenten nicht auf diesem Gebiet.

Der lange Schatten der Vergangenheit

Das Thema Menschenrechte scheint Jokowi auch während der ersten 100 Tage seiner Amtszeit nicht besonders zu interessieren. Als die indonesische Zensurbehörde LSF Ende Dezember öffentliche Aufführungen des Films *senyap* (*The Look of silence*, Joshua Oppenheimer) zunächst in Ostjava untersagte, äußerte sich der Präsident nicht zu diesem Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung. Außerdem liegt in diesem Schweigen auch der Verdacht begründet, dass er wohl nichts unternehmen wird, um die Menschen, die damals als Kommunistinnen stigmatisiert wurden, zu rehabilitieren. Der Film erzählt die Ereignisse aus der Perspektive eines Optikers, dessen Bruder während der KommunistInnenverfolgungen 1965/66 umgebracht wurde. Als Optiker besucht er nun die Menschen, die damals Jagd auf tatsächliche und vermeintliche Kommunisten machten und diese unter Duldung und Beihilfe des Militärs umbrachten. Nach unterschiedlichen Schätzungen wurden damals



Anhänger von Jokowi
Foto: Genia Findeisen

Jokowis Konkurrent Prabowo Subianto
Foto: Genia Findeisen



500.000 bis drei Millionen Menschen ermordet. Eine Aufarbeitung wurde bis heute nicht durchgeführt und bislang sieht es nicht danach aus, als würde Jokowi sich an dieses heikle Thema trauen. Die Zensurbehörde sieht in dem Film eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden, der in der Tat lange auf Verschweigen und gesellschaftlicher Stigmatisierung der Opfer beruhte. Jokowi's Schweigen passt da ins Bild, und so werden die Opferverbände wohl nicht auf die Unterstützung des Präsidenten hoffen können.

Der neue »starke Mann« gerät unter Druck

Stattdessen machte der Präsident Schlagzeilen mit der Hinrichtung von sechs DrogenschmugglerInnen am 17. Januar 2015. Die Gnadengesuche hatte er zuvor abgelehnt und sein Einverständnis für die Exekution gegeben. Weitere 64 Menschen sind zum Tode verurteilt und es ist damit zu rechnen, dass Jokowi auch diese Menschen hinrichten lassen wird. So kann sich Jokowi als Kämpfer gegen Drogenhandel und -konsum inszenieren, wohl wissend, dass ein Großteil der IndonesierInnen die Todesstrafe für Drogenschmuggler unterstützt. Die Kritik von Menschenrechtsgruppen ließ er ebenso an sich abprallen wie die Bemühungen der Regierungen der Länder, aus denen die DrogenschmugglerInnen stammten, die Todesstrafe doch noch abzuwenden. Jokowi konnte so auch von seiner umstrittenen Nominierung von Budi Gunawan als obersten Polizeichef (*Kapolri*) ablenken. Budi Gunawan ist wegen Korruption angeklagt und seine Ernennung rief deshalb hef-

tigen Protest in sozialen Netzwerken hervor. Auch zahlreiche Intellektuelle, die Jokowi zuvor im Wahlkampf unterstützt hatten, äußerten in einer Petition öffentlich ihren Unmut. Diese Auseinandersetzung fachte auch den schon länger andauernden Konflikt zwischen Polizei und der Anti-Korruptionsbehörde (KPK) an, in den auch einige Politiker verstrickt sind. Nur wenige Tage nachdem die KPK Budi Gunawan der Bestechung beschuldigte, ging die Polizei gegen Bambang Widjojanto, dem stellvertretenden Vorsitzenden der KPK, vor. Ihm wird zur Last gelegt, vor fünf Jahren falsche Zeugenaussagen gemacht zu haben. Damals arbeitete er noch als Anwalt. Nicht überraschend, dass viele IndonesierInnen hierin eine Retourkutsche sehen. Der bereits länger andauernde Machtkampf zwischen KPK und Polizei ist damit nun wieder voll entfacht. In Indonesien ist diese Auseinandersetzung als Kampf zwischen Krokodil (Polizei) und Gecko (KPK) bekannt, was vor allem die Macht der Polizei hervorheben soll, während viele IndonesierInnen ihre Sympathie mit dem kleinen Gecko (*cicak*) ausdrücken. Hier wünschen sich viele Menschen, die auch im Alltag unter der nach wie vor grassierenden Korruption leiden, einen Präsidenten, der deutlich Stellung für die KPK bezieht. Mit der medienwirksamen Versenkung eines vietnamesischen Fischerbootes präsentiert sich der Präsident als starker Mann, der gegen illegale Fischerei in indonesischen Gewässern vorgeht. Diese Aktion war sicherlich einfacher und öffentlichkeitswirksamer, als eine effektive, nicht korrupte Marine aufzubauen, die sich der Lösung dieses Problems annehmen müsste.

Soziale Ungleichheit als politische Herausforderung

Schon zuvor hatte es öffentliche Proteste gegen eine Erhöhung der stark subventionierten, staatlich festgelegten Treibstoffpreise von 6.500 (ca. 45 Cent) auf 8.500 Rupiah (ca. 60 Cent) je Liter gegeben. Das subventionierte Benzin hatte bisher auch armen Menschen ein gewisses Maß an Mobilität ermöglicht. Mit den Ersparnissen möchte Jokowi nun die Infrastruktur besonders in peripheren Gebieten ausbauen. KritikerInnen halten ihm vor, hier vor allem die Bedürfnisse von Investoren zu erfüllen, die für die Ausbeutung der Bodenschätze und den Betrieb von Ölpalmenplantagen auf einen Ausbau der Infrastruktur angewiesen sind. Wie nun bekannt wurde, plant Jokowi auch einen Abbau oder die gänzliche Streichung von Subventionen bei Düngemitteln, was gerade Kleinbauern und -bäuerinnen empfindlich treffen könnte.

Insgesamt scheint Jokowi in der Wirtschaftspolitik auf weniger Staat setzen zu wollen; als ehemaliger Betreiber einer Möbelfirma setzt er auf kleine und mittelgroße Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen sollen, während sein Gegenkandidat Prabowo wohl eher Wirtschaftspolitik im Sinne der alten Elite gepaart mit sozialen Ausgaben, um die armen Teile der Bevölkerung bei Stange zu halten, betrieben hätte. Beide Spielarten des Kapitalismus scheinen aber kaum überzeugende Antworten auf die Frage zu bieten, wie denn die Armut nachhaltig reduziert werden könnte.

Noch immer leben fast 30 Millionen Menschen in Indonesien unter der Armutsgrenze, die von ihrer Regierung mit umgerechnet etwa 25 Euro pro Monat schon extrem niedrig angesetzt ist. Und selbst hier konnten in den letzten Jahren kaum Verbesserungen erzielt werden. Die tatsächliche Armut ist dann auch wesentlich größer. So beträgt der monatliche Mindestlohn in Jakarta zurzeit 2,7 Millionen Rupiah (etwa 190 Euro). Wer davon eine Familie ernähren muss, kann in Jakarta sicherlich als arm gelten. Dem gegenüber stehen die enorme Kapitalkonzentration der nationalen ökonomischen Elite und die massive Abschöpfung von Ressourcen und erwirtschafteten Werten durch ausländische Konzerne. So ist die ökonomische Ungleichheit in Indonesien in den letzten Jahren sogar gestiegen.

Hier wäre die Regierung gefragt, eine Umverteilung von oben nach unten vorzunehmen, aber es ist davon auszugehen, dass Jokowi keine mutigen Schritte in dieser Richtung unternehmen wird. Zum einen ist er von der Wirtschaftselite politisch abhängig, da sie ihre Interessen nicht nur im Parlament, sondern auch in den Medien vertreten kann. Zum anderen scheint er der Überzeugung zu sein, dass eine Stärkung des Mittelstandes und mehr Markt (zumindest innerhalb Indonesiens) das beste Mit-

tel gegen Armut sind und er deshalb auf groß angelegte Programme zur verordneten Umverteilung des immensen Reichtums verzichten kann.

Kritik an Jokowi's Regierung und Gegenwind im Parlament

Auch die Ernennung einiger Minister im neuen Kabinett Jokowi's wurde von Demokratie- und Menschenrechtsaktivisten kritisiert. Viele stören sich beispielsweise an Tedjo Edhy Purdijatno, der als koordinierender Minister für politische, juristische und sicherheitspolitische Angelegenheiten auch als Justizminister fungiert. Als Mitglied der Streitkräfte steht er für eine politische Mentalität, die Menschenrechten keinen hohen Stellenwert beimisst. Yuddy Chrisnandi, der als Minister für den Staatsdienst und Bürokratierreform zuständig ist, machte mit Überlegungen, den Inlandsgeheimdienst BIN für die Überwachung der Staatsbediensteten einzusetzen, auf sich aufmerksam.

Jokowi verfügt im Parlament über keine eigene Mehrheit. Seine Koalition aus den Parteien PDI-P, PKB, *NasDem* und *Hanura* kommt nur auf 247 Sitze und steht der Koalition seines Herausforderers Prabowo gegenüber, der neben seiner eigenen Partei *Gerindra* die Fraktionen der islamischen Parteien PAN, PPP, PBB und PKS sowie die Partei *Demokrat* des ehemaligen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono auf seine Seite ziehen konnte. Damit nimmt diese Koalition 313 Plätze im Parlament ein. Da das Parlament somit Gesetze erlassen kann, ohne Jokowi's Koalition einbeziehen zu müssen, muss er mit den alten Eliten in seiner Koalition und besonders in der seines Rivalen zusammenarbeiten. Bisher war es in der Regel so, dass der Präsident nach seiner Wahl schnell eine Koalition hinter sich bringen konnte, die über eine Mehrheit im Parlament verfügt, aber davon ist Jokowi nun weit entfernt.

Ermordeter Menschenrechtler Munir
Foto: Genia Findeisen





Einfaches Volk
wartet auf
Gerechtigkeit
Foto: Genia
Findeisen

So wird es schwierig werden, Reformen anzustoßen, doch gerade auf der Hoffnung auf Reformen beruht Jokowi's Popularität. Als Bürgermeister machte er sich vor allem einen Ruf durch seine spontanen Besuche, *blusukan*, bei denen er die Menschen auf der Straße direkt nach ihren Problemen fragte oder sich persönlich davon überzeugte, ob die Angestellten in der städtischen Verwaltung auch ihren Pflichten nachkamen. Dies bracht Jokowi den Ruf ein, ein Mann des Volkes zu sein, der sich direkt nach den Sorgen und Nöten der einfachen Menschen erkundigt und diese ernst nimmt. Allerdings war seine Kampagne im Präsidentschaftswahlkampf dann sehr unspezifisch, da sie nur aus einer bloßen Hoffnung schöpfte, dass unter seiner Führung schon alles irgendwie besser werde. Unterfüttert wurden diese unbestimmten Hoffnungen dann mit dem Slogan einer »mentalen Revolution« – so etwas sprach viele Leute an und ließ genügend Freiräume für die jeweils eigenen Interpretationen seiner Unterstützer. Außerdem kostet es schließlich nichts, eine »mentale Revolution« auszurufen. Während der Wahlkampfkampagne gelang es Jokowi außerdem, besonders viele junge Menschen in Unterstützungskomitees zu organisieren, die nun weiterhin für die Arbeit des Präsidenten werben sollen. Jetzt ist jedoch zu befürchten, dass es sich bei der Politisierung durch diese Komitees letztlich um eine Depolitisierung handelt, da wichtige politische Themen ja »oben« durch Jokowi und die alte Elite entschieden und von der Basis dann nur noch begleitet werden. Ausgewählte Repräsentanten dürfen den Präsidenten dann beispielsweise auf Reisen begleiten, aber in die wichtigen Entscheidungsprozesse sind sie nicht eingebunden.

Reaktionärer Islam auf dem Vormarsch

Auch fehlt bisher ein beherztes Vorgehen gegen reaktionär-gewalttätige Islamisten. Zwar ist der sogenannte »Islamische Staat« (IS) in Indonesien verbo-

ten, dieses Verbot wird jedoch nicht umgesetzt, so dass Unterstützer weiter öffentlich für den IS werben. Auch die militante »Front der Verteidiger des Islam« (*Front Pembela Islam, FPI*), kann weiterhin ihr Unwesen treiben. Die FPI ist bekannt dafür, dass sie gegen alles »Unislamische« Selbstjustiz übt. Öffentlich hetzte sie kürzlich gegen den neuen Bürgermeister Jakartas, da dieser ein Christ chinesischer Abstammung ist und sich die Hardliner nicht von einem Nicht-Muslimen regieren lassen wollen. Im Zuge eines vorschreitenden Einflusses reaktionär-islamischer Kräfte, die gegen Andersgläubige ebenso vorgehen wie gegen Alkoholkonsum, Schönheitswettbewerbe, Popkonzerte oder kritische Berichterstattungen wäre hier großer Handlungsbedarf für den neuen Präsidenten.

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass für eine Perspektive, der es um Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit geht, die ersten Weichenstellungen des neuen Präsidenten noch wenig Anlass zur Freude oder gar Euphorie geben. Ein schwacher Jokowi kann aber auch nicht im Interesse all jener sein, denen es um die Wahrung von Menschenrechten und Demokratie geht: Sein Rivale Prabowo Subianto steht bereit, um Jokowi zu beerben. Prabowos Worten, Demokratie und indonesische Kultur würden nicht zusammen passen, weshalb er eine »kulturangemessene« Beschränkung der Demokratie anstrebe, kann getrost Glauben geschenkt werden: Mit den Stimmen seiner Koalition, allerdings auf Antrag noch der Vorgängerregierung unter Susilo Bambang Yudhoyono, wurde gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode ein Gesetz verabschiedet, dass die Direktwahl der Regierungschefs auf Provinz- und Kreisebene wieder abschaffte. Doch gerade diese Wahlen waren für viele IndonesierInnen Ausdruck demokratischer Errungenschaften. Der Protest war auch dem entsprechend groß, so dass dieses Gesetz dann doch wieder rückgängig gemacht werden musste. Immerhin kann dies als ein Zeichen dafür betrachtet werden, dass die indonesische Demokratie funktioniert – in diesem Falle besonders dank kritischer BürgerInnen. Eine Alternative zu Jokowi und Prabowo steht bisher nicht bereit; auch fehlt es an politischen Kräften, die ideologisch konsistent und glaubwürdig für einen Politikwechsel eintreten könnten. So wird es möglicherweise die Aufgabe der kommenden Jahre sein, die so mühsam erkämpften Fortschritte in den Bereichen soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen, auch wenn viele die Hoffnung hatte, dass unter Jokowi große Fortschritte in diesen Bereichen erzielt werden könnten. Eine weitere Bewertung Jokowi's wird nun jedenfalls im Lichte einer ersten Ernüchterung erfolgen müssen.